

# Es bewegt sich was

Gemeinsam leben, gemeinsam lernen. Eine Gesamtschule in Bonn-Beuel zeigt, was möglich ist: Mit Nordrhein-Westfalen macht sich jetzt auch das bevölkerungsreichste Bundesland auf den Weg zum inklusiven Schulsystem.

Text **Jeanette Goddar**  
Illustration **David Claaßen**

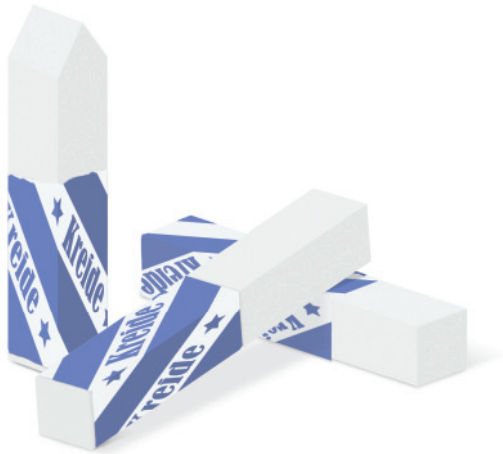
**Vier Jahre** hatten die Kinder an der Bonner Bodelschwingh-Grundschule alle zusammen gelernt. Einer lachte im Unterricht hin und wieder unvermittelt. Ein anderer musste öfter mal vor die Tür gehen, um seine Launen in den Griff zu bekommen. Ein dritter kam im Rollstuhl, ein vierter war im Denken etwas langsam. Das war im Jahr 1984. Schon damals klappte der gemeinsame Unterricht gut. So gut, dass die Eltern der Integrationsklasse dachten: Nach der Grundschule darf damit nicht Schluss sein! Sie machten sich auf die Suche nach einer Lehranstalt, in der ihre Kinder auch ab der fünften Klasse gemeinsam unterrichtet würden. In der Integrierten Gesamtschule (IGS) Bonn-Beuel wurden sie fündig. Als hier zehn Jahre später ein neuer Schulleiter seinen Dienst antrat, war er so begeistert von dem Modell, dass er

es ausweitete. „Und so“, erinnert sich der damalige neue Schulleiter Jürgen Nimptsch, „entstand eine Schule für alle, die nach und nach immer mehr Menschen überzeugt hat.“

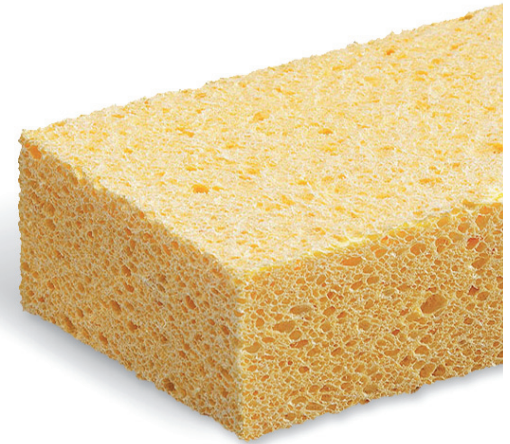
**Seither hat sich viel getan.** Jürgen Nimptsch ist inzwischen nicht mehr Leiter der Schule, sondern Oberbürgermeister der Stadt Bonn. Und die IGS Bonn-Beuel ist eine Schule, deren guter Ruf so weit reicht, dass schon Alt-Bundespräsident Rau sowie US-Milliardär Bill Gates vorbeischaute. Sie waren neugierig auf eine Gesamtschule mit 1400 Schülern, an der Inklusion längst nicht mehr nur im kleinen Rahmen stattfindet. Vielmehr werden hier in jeder dritten und ab 2013 sogar in jeder zweiten Klasse Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterrichtet. Die ehemalige Schulsprecherin Julia Böing-Weißschnur, die vor den Sommerferien ihr Abitur machte, erklärt: „Das Wort ‚Miteinander‘ klingt ja manchmal ein bisschen kitschig. Aber eigentlich ist es genau das: Wir waren

ein großes Miteinander. Und ohne, dass in der Schule je viel darüber geredet wurde.“

Dass außerhalb der Gesamtschule Bonn-Beuel so viel über sie geredet wird, weist aber vor allem auf eines hin: Bundesweit ist der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung nicht die Regel. Acht von zehn Schülern in Deutschland, denen ein Förderbedarf attestiert wurde, lernen immer noch unter ihresgleichen. Im Schuljahr 2009/2010, für das die jüngsten verfügbaren Daten vorliegen, waren das 388 000 Jungen und Mädchen. Auch in den Köpfen hat sich inklusives Lernen im dritten Jahr nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht durchgesetzt. Als die Bertelsmann-Stiftung in diesem Jahr zusammen mit großen Tageszeitungen eine Bildungsumfrage startete, konnten sich zwar neun von zehn Befragten vorstellen, dass Kinder mit und ohne körperliche Behinderungen gemeinsam lernen. Für den integrierten Unterricht mit geistig behinderten oder



Jeder soll so weit  
gebracht werden,  
wie es geht.



verhaltensauffälligen Kindern fand sich jedoch nur eine sehr knappe Mehrheit und unter den Befragten im schulpflichtigen Alter nicht einmal diese.

An der IGS Bonn-Beuel kann man sich vor Anmeldungen jedoch kaum retten. „Jedes Jahr müssen wir Schüler mit und ohne Förderbedarf abweisen“, berichtet Schulleiter Stefan Ludwig. Und wieso ist die IGS so beliebt? Das liegt, wie an jeder Schule, vor allem an einem guten und erfolgreichen Unterricht, der jedem einzelnen Schüler gerecht wird, sowie an einer entspannten Atmosphäre. Garantiert wird dies allerdings durch erhöhten Aufwand und die dazu benötigten Mittel. „Oberste Bedingung des Gelingens“, so erklärt Ludwig, „ist die Doppelbesetzung der Klassen.“ In jeder Integrationsklasse, in der 20 Schüler ohne und sechs mit Förderbedarf sitzen, sind zwei Lehrer und ein Sonderpädagoge im Unterricht anwesend. „Alle anderen Modelle taugen nicht“, sagt Ludwig. „Gerade Integrationsschüler sind auf eine stabile emotionale Bindung angewiesen. Hin- und wieder mal einen Sonderpädagogen für ein paar Stunden ‚reinschauen zu lassen‘, reicht nicht.“

Individualisierter Unterricht, wie ihn integrierte Gesamtschulen gemeinhin gut anbieten können, ist nämlich noch nicht alles, was inklusive Schulen leisten müssen. Die Kinder in den Integrationsklassen werden „zielfähig“ unterrichtet, das heißt, sie lernen nach verschiedenen Lehrplänen – die einen nach dem gängigen, die anderen nach sonderpädagogischen Förderplänen. Jeder, vom Kind mit Hochbegabung bis zu dem mit Down-Syndrom, soll so weit gebracht werden, wie es geht. Viele machen eine enorme Steigerung durch – gerade weil sie nicht in einem Schonraum waren. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass die Zahl derer, die alljährlich das Abitur machen, weit über die Anzahl derer hinausgeht, die mit einer Empfehlung für das Gymnasium gekommen sind. Nicht zuletzt dank der IGS hat Bonn den höchsten Inklusionsanteil an nordrhein-westfälischen Schulen: 26,3 Prozent aller Kinder mit Behinderungen lernen hier an allgemeinbildenden Schulen. Das ist viermal so viel wie im Bundesdurchschnitt.

Die Düsseldorfer Landesregierung will das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung demnächst in ganz

Nordrhein-Westfalen vorantreiben. Getragen wird das Bemühen von einem Auftrag der Volksvertreter: Mit allen Stimmen außer denen der FDP forderte der Düsseldorfer Landtag im Dezember 2010 die Regierung auf, den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung zu verwirklichen und Rahmenbedingungen für den „schrittweisen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen“ zu schaffen. Wie das gehen kann, zeigten vor der Sommerpause die Erziehungswissenschaftler Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz in ihrem 150-seitigen Gutachten. Bis zum Frühherbst will das Schulministerium nun einen Inklusionsplan erstellen, der den weiteren Weg weist.

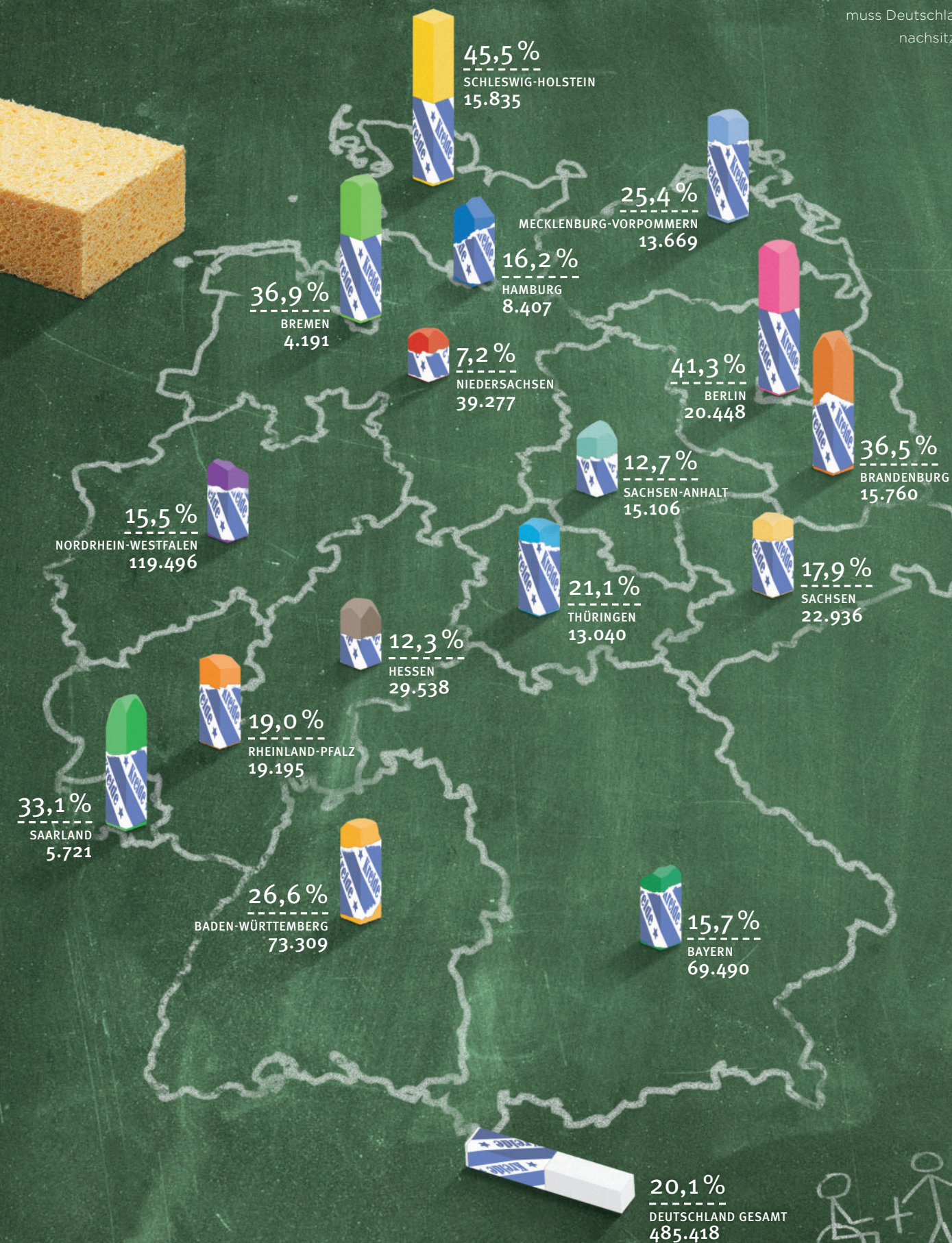
Bereits in Angriff genommen wurde der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts in den weiterführenden Schulen. Schon nach den Sommerferien soll für alle Kinder, die bis zur vierten Klasse gemeinsam unterrichtet wurden, auch in der fünften Klasse ein Platz an einer Schule für alle sein. Damit das →

#### So viel können wir voneinander lernen – Die Inklusionskampagne der Aktion Mensch

Der Begriff „Inklusion“ steht für eine Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Ziel ist ein selbstbestimmtes, barrierefreies Leben in den Bereichen Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit. Einen Meilenstein auf dem Weg zur Inklusion markiert die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland im März 2009 ratifizierte. Mit einer Plakat- und Anzeigenkampagne sowie im Internet macht die Aktion Mensch auf den Prozess der Inklusion aufmerksam. Durch ihr Förderengagement lässt sie lokale und regionale Bündnisse entstehen – von Menschen mit und ohne Behinderung. [www.aktion-mensch.de](http://www.aktion-mensch.de)



Bei der Inklusion  
muss Deutschland  
nachsitzen



12,3 % Anteil der Schüler mit Förderbedarf in Regelschulen je Bundesland  
BUNDESLAND 1.234.567 Schüler mit Förderbedarf je Bundesland

Schuljahr 2009/2010  
1.-10. Klasse



# In den Köpfen hat sich inklusives Lernen im dritten Jahr nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht durchgesetzt.

geschehen kann, hat das Ministerium vor allem die Deckelung der Ausgaben für Sonderpädagogen aufgehoben und Schulen, die inklusiv arbeiten, Geldmittel angeboten: Auf jedes Kind mit Behinderung kommt eine Zehntel-Lehrerstelle – auf fünf Kinder eine halbe Stelle.

**Das Modell** „Stundenzuteilung nach Diagnose“ würde Klaus Klemm, emeritierter Bildungsökonom an der Uni Duisburg-Essen, auf dem Weg zur inklusiven Schule am liebsten gleich mit abschaffen. Nach diesem Modell wird dem jeweiligen Schüler ein Attest ausgestellt, aufgrund dessen er entsprechend seinem individuellen Förderbedarf Anspruch auf eine bestimmte Stundenzahl zusätzlicher Betreuung hat. „Die Schulen müssen die Kinder etikettieren, um Stunden zu bekommen“, erklärt er. „Ein Kind, das den Stempel ‚Förderschule‘ bekommt, ist aber fürs Leben gezeichnet.“ Klemm fordert, den Schulen ihre Stunden nicht nach der Beurteilung jedes einzelnen Kindes, sondern nach Sozialindikatoren zuzuweisen. Eva-Maria Thoms vom Kölner Elternverein mittendrin e.V., der von der Aktion Mensch unterstützt wird, meint: „Wir müssen weg von der Etikettierung. Aber solange das Etikett ‚Förderbedarf‘ mit Geld verknüpft ist, wird es benutzt werden.“

Dafür spricht auch ein Blick auf eine Statistik, die Klemm im Jahr 2010 erstellt hat. In demselben Maß, in dem der inklusive Unterricht in Deutschland langsam, aber stetig zunimmt, steigt auch die Zahl der als „behindert“ eingestuft Kinder. Diese ist im Übrigen derzeit von Bundesland zu Bundesland völlig verschieden. In Mecklenburg-Vorpommern sind 11,7 Prozent der Schüler im Besitz eines sonderpädagogischen Attests. In Rheinland-Pfalz sind es nur 4,5 Prozent. Die übrigen Bundesländer liegen irgendwo dazwischen. Grundsätzlich gilt: In den neueren

Ländern leben beinahe doppelt so viele Förderkinder wie in den älteren – selbst am einst geteilten Berlin lässt sich der Ost-West-Unterschied noch ablesen.

**Im kleinen Bremen**, das sich in den letzten beiden Jahren konsequent dem Modell inklusive Schule angenähert hat, sollen Schulstunden demnächst nicht mehr nach Attesten vergeben werden. Noch im selben Jahr, in dem die UN-Konvention in Kraft trat, änderte Bremen sein Schulgesetz. Das Recht auf gemeinsamen Unterricht sollte einklagbar sein und alle Förderzentren bis auf solche für Seh-, Hör- oder schwerst mehrfach behinderte Schüler sollen bis 2017 aufgelöst werden. Die Reform griff mit voller Wucht, auch unter den Eltern: Bereits im soeben begonnenen Schuljahr votierten 92 Prozent der Eltern von Schülern mit Behinderung für deren Besuch allgemeinbildender Schulen. In einem nächsten Schritt, so hat Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) angekündigt, soll sich das derzeit geltende Stunden-Zuteilungsmodell, wonach jedem Kind mit Förderbedarf individuell zusätzliche Lehrerstunden zugewiesen werden, ändern. Dann soll jede Schule über Sonderpädagogen verfügen, die Schüler unterstützen, sobald es nötig wird. Rudolf Siemer, Inklusionsexperte der Bremer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, fügt hinzu: „Wir sind zuversichtlich, dass wir das bereits im kommenden Jahr hinbekommen.“ Siemer sagt auch, dass es in Bremen geglückt sei, Inklusion ohne das in vielen Ländern zermürbende Gezerre um Stunden und Stellen im Einklang mit der Schulverwaltung umzusetzen. Gekostet hat das die Regierung in der Hansestadt die Einrichtung hundert neuer Pädagogenstellen.

Ob ein qualitativ hochwertiges inklusives Schulsystem tatsächlich viel mehr Kosten verursacht als das bisherige, ist umstritten.

Immerhin 2,6 Milliarden Euro geben die Länder jährlich für die Förder- und Sonderschulen aus. „Wenn man das Geld umleitet, ist schon viel gewonnen“, erklärt Klaus Klemm. Ja wenn! „Denn das“, meint Eva-Maria Thoms, „ist vielleicht die größte Herausforderung auf dem Weg zur Umsetzung des Menschenrechts auf gemeinsamen Unterricht. Alle müssen höllisch aufpassen, dass die Ressourcen nicht wegfallen. Eine inklusive Schule, die schlecht gemacht ist, nützt niemandem. Vor allem nicht denen, die dort lernen.“ Die Integrierte Gesamtschule (IGS) Bonn-Beuel macht vor, wie es geht. An ihr wird deutlich, dass Inklusion an Schulen sehr gut funktionieren kann. ←

**Die Studie** von Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz ist nachzulesen auf der Internetseite [www.schulministerium.nrw.de/BP/Inklusion\\_Gemeinsames\\_Lernen/](http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Inklusion_Gemeinsames_Lernen/)

Sie kann auch bestellt werden beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW, Telefon 0211/58 67- 40.